

erschienen in: Hárs, Endre/Müller-Funk, Wolfgang/Reber, Ursula/Ruthner, Clemens (Hg.): *Zentren und Peripherien in der k.u.k. Monarchie*. Tübingen, Basel: Francke 2005 [in Vorb.]

1 Zur Entstehung und zum Funktionswandel von Zentren und Peripherien im Weltsystem cf. Wallerstein, Immanuel: *Das moderne Weltsystem*. Bd. 1: Die Anfänge der kapitalistischen Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert. Wien: Promedia 2004. Zur Anwendung von Zentrum-Peripherie-Modellen im innerstaatlichen Bereich cf. Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): *Internal Peripheries in European History*. Göttingen, Zürich: Muster-Schmidt 1991; Ders. (Hg.): *Europäische Innere Peripherien im 20. Jahrhundert*. Stuttgart: Franz Steiner 1997 (Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Ges., Bh. 23).

2 Komlosy, Andrea: *Zentrum und Peripherie. Zur Wahrnehmung regionaler Entwicklungsunterschiede im Vormärz*. In: *Massenware Luxusgut. Technik und Design zwischen Biedermeier und Wiener Weltausstellung 1804-1873* [Ausstellungskatalog]. Wien: Technisches Museum 2004, pp. 146-163.

Zentrum und Peripherie bilden ein Begriffspaar, das auf Fragen von Raum und Entfernung, von Herrschaft und Macht, von wirtschaftlicher Stärke und Eigenständigkeit, von sozialer Kompetenz und kultureller Leistungsfähigkeit gleichermaßen angewandt werden kann. Als Analysemodell kann es der Komplexität der sozialen Wirklichkeit niemals gerecht werden. Umgekehrt bietet es die Möglichkeit, deren Unübersichtlichkeit zu strukturieren und auf Kräfteverhältnisse und Abhängigkeitsbeziehungen hin zu untersuchen.

Im Weltmaßstab unterscheiden sich Zentren und Peripherien durch unterschiedliche politische und militärische Stärke und eine unterschiedliche Rolle im Rahmen einer ungleichen weltweiten Arbeitsteilung. Eine Region gilt als Zentrum, wenn es ihr gelingt, sich durch eine dominante Position Werte anzueignen, die in einer Peripherie geschaffen wurden; während dieser Werttransfer die Voraussetzung für Zentrenbildung darstellt, konstituiert er umgekehrt die Peripherisierung der abhängigen Region, so dass Zentrum und Peripherie keine statischen Größen, sondern Dominanz- und Abhängigkeitsbeziehungen widerspiegeln. Voraussetzung für Zentrenbildung und Peripherisierung in diesem Sinn ist die Integration von Regionen in eine ungleiche überregionale Arbeitsteilung. Bestehende Unterschiede zwischen den Regionen verwandeln sich dabei in regionale Disparitäten. Ausdrucksformen des Werttransfers stellen die Aneignung von natürlichen Ressourcen, die Nutzung der örtlichen Arbeitskraft durch außerregionales Kapital, die Mobilisierung von ArbeitsmigrantInnen, Geld-, Kapital- und Zins-transfers in außerregionale Finanzzentren sowie den Verlust von Humanressourcen bei gleichzeitiger Erschließung einer Peripherie als Markt für die Produkte des Zentralraums dar. Sie erleben im Laufe der Geschichte höchst unterschiedliche Ausprägungen und Verlaufsformen. Sonderformen bilden Militär-, ökologische Ausgleichs- und Tourismusperipherien.

Jede Veränderung des Gesamtzusammenhangs wirkt sich auf die Position aus, die eine Region/ein Staat im Gesamtsystem einnimmt. Damit sind Auf- und Abstiegsprozesse einzelner Regionen, Konflikte sowie Wechsel in der Führungsposition unerlässlich; sie finden sowohl zwischen Zentrum und Peripherie als auch innerhalb von Zentren und innerhalb von Peripherien statt. Als vielschichtiges Modell reproduzieren sich Zentren und Peripherien auf jeder räumlichen Ebene und fügen sich nach dem Muster einer Zwiebel mehrfach ineinander. Sie existieren unabhängig von der Größe und vom Entwicklungsstand der jeweiligen Betrachtungseinheit, die vom Stadtteil bis zur Weltregion reichen kann.¹

Ökonomische Zentren und Peripherien sind an keine staatlichen Grenzen gebunden; sie treten innerhalb von Staaten auf oder bilden sich über Staatsgrenzen hinweg heraus. Politische Macht hingegen ist an das staatliche Territorium gebunden; die Machttäger werden daher bemüht sein, dieses als möglichst hochrangigen ökonomischen Zentralraum in der Weltwirtschaft zu verankern. Dies stärkt auch die Position des jeweiligen Landes in der internationalen Staatenkonkurrenz. Das staatliche Territorium ist seinerseits Arena für innerstaatliche Zentrum-Peripherie-Gegensätze, die mit unterschiedlichen regionalen, sozialen, kulturellen oder ethnischen Interessen verknüpft sein können.

Auch politische, kulturelle, ethnische und soziale Differenzen können nach dem Grad von Macht, Hegemonie, Dominanz bzw. Partizipation gemessen werden und eine Abfolge von Zentrum-Peripherie-Beziehungen bilden. Ökonomische, politische, kulturelle oder ethnische Stärke müssen dabei keineswegs Hand in Hand gehen. Im Gegenteil: Ein ökonomisches oder kulturelles Zentrum kann gleichzeitig politische Peripherie sein, ein politischer Zentralraum ökonomisches Randgebiet. Ein solches Spannungsverhältnis dynamisiert den Konflikt zwischen Zentren und Peripherien wie auch zwischen diesen.

Für den ökonomisch, sozial und kulturell heterogenen Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie bieten Zentrum-Peripherie-Modelle einen geeigneten Analyserahmen. Regionale Entwicklungsunterschiede, interner Kolonialismus und Disparitätenausgleich stehen seit der im 18. Jahrhundert einsetzenden Formierung des habsburgischen Binnenmarktes im Zentrum der – damals freilich mit anderen Begriffen operierenden – Diskussion um Entwicklungsziele und Entwicklungsstrategien.² Auch die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns begründeten ihre Unabhängigkeit und nationalen Entwicklungsanstrengungen mit der Hoffnung, politische Zentralität in einem souveränen Staat eröffne einen Handlungsspielraum und vergrößere öko-

³ Komlosy, Andrea: Grenze und ungleiche regionale Entwicklung. Binnenmarkt und Migration in der Habsburgermonarchie. Wien: Promedia 2003, p. 438.

nomische und kulturelle Eigenständigkeit. Dadurch verschob sich die Debatte von den innerstaatlichen auf die zwischenstaatlichen Entwicklungsunterschiede.

Für die Zeit der Monarchie bieten Zentrum-Peripherie-Modelle sowohl die Möglichkeit, die Stellung Österreich-Ungarns im internationalen System zu analysieren, als auch eine Herangehensweise an derartige Strukturen innerhalb des Reiches. Die nachstehende Tabelle zeigt das Auseinanderklaffen des Pro-Kopf-Produktes in den Kronländern der österreichischen Reichshälfte am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Eine andere Reihung ergibt sich bei der Betrachtung der Länder nach ihrer Stellung im Migrationsgeschehen. Hier gehören Niederösterreich, Salzburg, das Küstenland, Tirol, Vorarlberg und die Steiermark (bis 1890) zu den Ländern, die zwischen 1869 und 1910 Wanderungsgewinne aufwiesen, während alle anderen Länder Wanderungsverluste verzeichneten.³ Auch Böhmen, Mähren, Oberösterreich und – seit 1890 – die Steiermark erlebten mehr Ab- als Zuwanderung. Dies relativiert die Bedeutung des Brutto- sozialproduktes als Maßzahl für einen regionalen wirtschaftlichen Entwicklungsstand, der den LandesbewohnerInnen ausreichende Lebensgrundlagen bietet.

Land	Kronen pro Kopf
<i>Alpen- und Donauländer</i>	
Niederösterreich	850
Oberösterreich	626
Salzburg	641
Steiermark	519
Kärnten	556
Tirol, Vorarlberg	600
<i>Böhmische Länder</i>	
Böhmen	761
Mähren	648
Schlesien	619
<i>Südliche Länder</i>	
Krain	439
Küstenland	522
Dalmatien	264
<i>Karpatenländer</i>	
Galizien	316
Bukowina	310
<i>Österreichische Reichshälfte, Durchschnitt</i>	569

Tab.: Pro-Kopf-Einkommen der Länder der österreichischen Reichshälfte, 1911-1913

Quelle: Volkseinkommen auf der Basis von Schätzungen von Fellner, Friedrich: Das Volkseinkommen Österreichs und Ungarns. In: Statistische Monatsschrift 42 (1916).

Waren die starken Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand, die die Habsburgermonarchie kennzeichneten, für den Zusammenhalt des Reiches hinderlich und schließlich für das Auseinanderbrechen verantwortlich? Oder bildete das vielseitige Geflecht von ökonomischen Abhängigkeiten, das auf dem Werttransfer zwischen Peripherien und Zentren beruhte, die Voraussetzung dafür, dass die entwickelten Teile der Habsburgermonarchie mit den westeuropäischen Industriestaaten durchaus mithalten konnten? Im Gegensatz zu diesen verfügte das Habsburgerreich über keine überseeischen Kolonien. Stellten die inneren Peripherien möglicherweise einen Ersatz für die Nichtteilnahme an der kolonialen Expansion dar? Wenn die inneren Unterschiede den »kakanischen« Zusammenhalt stärkten, müssen freilich neue Antworten auf die Frage nach dem Zerfall gesucht werden. Dafür ist es notwendig, den ökonomischen und den politischen Zentrenbildungs- bzw. Peripherisierungsprozess miteinander in Beziehung zu setzen.

4 In Anlehnung an Berend, Iván/Ránki, György: Underdevelopment and Economic Growth. Studies in Hungarian Social and Economic History. Budapest: Akad. Kiadó 1979; Good, David F.: Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750-1914. Wien, Graz: Böhlau 1986; Klíma, Arnošt: Economy, Industry and Society in Bohemia in the 17th to 19th Centuries. Prag: Karlsuniv. 1991; Komlosy 2003; Matis, Herbert/Bachinger, Karl: Österreichs industrielle Entwicklung. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. 1: Die wirtschaftliche Entwicklung. Hg. v. Alois Brusatti. Wien: ÖAW 1973, pp. 105-250.

Die Dynamik von Zentrenbildung und Peripherisierung

Sehen wir von jenen Regionen im westlichen und südlichen Europa ab, die nur vorübergehend Teil des Habsburgerreiches waren (südliche Niederlande, italienische Provinzen), lagen die Zentren der industriell-gewerblichen Entwicklung im 18. Jahrhundert in erster Linie in den österreichischen Stammländern Nieder- und Oberösterreich sowie in der Steiermark. Die Leitsektoren der gewerblichen Entwicklung stellten Bergbau, Metallverarbeitung und die Textilindustrie dar. Der Staat griff hier massiv in die Modernisierung der Industriestruktur ein, indem er – über die Schaffung des rechtlich-institutionellen und infrastrukturellen Umfeldes für die Kapitalakkumulation und die volkswirtschaftliche Integration hinaus – Investition und Innovation aktiv förderte. Einen zweiten wirtschaftlichen Zentralraum stellten die böhmischen Länder dar, die mit Schlesien allerdings eine ihrer führenden Exportgewerberegionen an Preußen verloren hatten (1742). Hier war die industriell-gewerbliche Initiative maßgeblich von den adeligen Wirtschaftsbesitzern getragen und blieb in ihrer Dimension hinter den österreichischen Ländern zurück.

Weder die Länder der ungarischen Krone (Ungarn mit Siebenbürgen, Kroatien-Slawonien und dem Banat) noch die südlichen Territorien und die Karpatenländer, die im Zuge der polnischen Teilungen (Galizien 1772/1795) bzw. der Zurückdrängung des osmanischen Einflusses im Schwarzmeerraum (Bukowina 1775) an das Haus Habsburg kamen, wiesen vor der Mitte des 19. Jahrhunderts nennenswerte industriell-gewerbliche Ansätze auf. Sie stellten große Agrarprovinzen dar, denen in der reichsweiten Arbeitsteilung explizit die Rolle von Nahrungsmittelproduzenten zugeschrieben wurde. Zentrum-Peripherie-Beziehungen charakterisierten freilich nicht nur das Verhältnis und die Entwicklungsmöglichkeiten der habsburgischen Großregionen, sondern traten auch innerhalb der einzelnen Länder und Provinzen auf. Dies erklärt, warum es innerhalb der großen Agrarperipherien auch Gewerbe- und Handelszentren gab und umgekehrt, warum auch die Kernräume der wirtschaftlichen Entwicklung, die österreichischen und böhmischen Länder, von scharfen regionalen Disparitäten gekennzeichnet waren. Industrialisierung und Stadtwachstum waren auch im entwickelten Teil der Monarchie auf wenige Zentralräume konzentriert, die von Regionen, die im Wettbewerb der Standorte weniger erfolgreich waren, mit Nahrungsmitteln, Rohmaterialien und Arbeitskräften versorgt wurden bzw. unter bestimmten konjunkturellen Voraussetzungen als kostengünstige Produktionsstandorte erschlossen wurden.

In dem Maße, in dem sich die (welt-)wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Handelsrouten, Technik, Transportwesen, Erreichbarkeit und Leitsektoren veränderten, erlebten die Zentrenbildungs- und Peripherisierungsprozesse innerhalb der Donaumonarchie ihrerseits regionale Umschichtungen.⁴ In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verloren die österreichischen Länder ihre führende Stellung im Bergbau und in der Textilindustrie, den Leitsektoren des 18. Jahrhunderts. Das Wachstum verlagerte sich – bei weiterhin abnehmendem Bevölkerungsanteil in der Landwirtschaft – in den Metall-, Elektro-, Chemie- und Nahrungsmittelsektor. Verbunden damit war eine räumlich Verschiebung des Wachstums in die böhmischen Länder, die im Kohle- und Erzbergbau, der Schwer- und Maschinenindustrie, der Textil- und Nahrungsmittelindustrie bald die höchste Standortattraktivität aufwiesen. Mit der Ablöse osmanischer und ägyptischer durch amerikanische Baumwolle büßte nicht nur der Freihafen Triest seine zentrale Rolle als Handelsplatz ein, sondern auch das Wiener Becken seine bevorzugte Eignung als Textilregion. Die textilen Verarbeitungszentren, die Rohbaumwolle nun über Hamburg bezogen, verschoben sich in den Norden Böhmens. Auf Grund der niedrigeren Löhne zog auch die Wiener Seidenindustrie nach. In der Eisenerzeugung erlaubte die Patentierung des Thomas-Gilchrist-Verfahrens die Ausbeutung der phosphorhaltigen Eisenvorkommen Böhmens und Mährens. Im Verein mit der reichlich verfügbaren Kohle im Raum Pilsen/Plzeň und Ostrau/Ostrava entstanden die Voraussetzungen für eine Konzentration der Eisen- und Schwerindustrie, die die steirischen, ober- und niederösterreichischen Montanregionen starkem Druck aussetzte. Der Übergang von Rohr- auf Rübenzucker hatte auch in der Zuckerindustrie eine Verlagerung der Standorte in die mährischen Anbaugelände zur Folge. Einen weiteren wichtigen Wachstumssektor stellten die Brauereien dar.

Im Zuge der gründerzeitlichen Expansionswelle griffen Industrie Gründungen und Infrastruktur-Investitionen auch auf Ungarn über. Verstärkt erfolgten sie nach der Wirtschaftskrise des Jahres 1873. Da sich die Bedingungen für die Kapitalverwertung in den Zentralräumen der Monarchie mit der Krise verschlechtert hatten, setzte eine Verlagerung der Investitionstätig-

5 Becker, Joachim/Odman, Asl: Von den inneren zu äußeren Grenzen. Die Auflösung von Habsburgermonarchie und Osmanischem Reich im Vergleich. In: Becker, Joachim/Komlosy, Andrea (Hg.): Grenzen weltweit. Zonen, Linien, Mauern im historischen Vergleich. Wien: Promedia 2004, p. 89.

6 Zur regionalen Differenzierung des Wachstums in den unterschiedlichen Teilen der Monarchie cf. Good 1986, p. 209 sowie Ders.: The Economic Lag of Central and Eastern Europe. Income Estimates for the Habsburg Successor States, 1870-1910. In: The Journal of Economic History 54/4 (Dec. 1994), pp. 869-891.

7 Komlosy 2003, pp. 224-239.

keit in periphere Räume ein. Motiv für diese Kapitalausfuhr, die auch auf internationaler Ebene durch verstärkte Bemühungen der Industrieländer um Erschließung ihrer Kolonien zu beobachten war, stellten die Kosteneinsparungen dar, die an peripheren Standorten bei Grund und Boden, Rohstoffen und Arbeitskraft zu erzielen waren. Ungarn erlebte in den Jahren nach 1873 einen Industrialisierungsschub, der durch österreichische Banken finanziert wurde. Die Investitionen konzentrierten sich auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie jene Branchen, in denen das Land auf Grund seiner Ressourcenlage Standortvorteile aufwies: den Bergbau (Oberungarn/Slowakei), die Müllerei und die Verarbeitung von Nahrungsmitteln, die ihrerseits den Aufbau einer Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie begünstigten. Die ungarische Regierung unterstützte diesen Prozess durch eine »patriotische Industriepolitik«, die darauf abzielte, Unternehmensgründungen in magyarischer Hand zu fördern.⁵ Obwohl der agrarische Großgrundbesitz und die Landwirtschaft dominierend blieben, hatte Ungarn seine Rolle in der innerregionalen Arbeitsteilung der Monarchie verändert. Es erlebte ein verstärktes Wirtschaftswachstum, das regional und sektoral allerdings stark begrenzt war. Es beschränkte sich auf Branchen, die mit dem Nahrungsmittelexport in die österreichische Reichshälfte in Verbindung standen sowie auf die Verbesserung der Verkehrsverbindungen dorthin. Eine komplette Industrielandschaft mit Koppelungseffekten zwischen den einzelnen Sektoren kam dabei ebenso wenig zustande wie eine Ausstrahlung auf die abgelegenen nord- und südöstlichen Gebiete der ungarischen Reichshälfte. Keine vergleichbare Ausweitung wirtschaftlichen Wachstums erlebten Galizien und die Bukowina, die – trotz Ausweitung der Rohstoffgewinnung – Agrarperipherien mit einem geringen Grad der Verflechtung mit den österreichischen Kernräumen blieben.⁶

Aus den gleichen Gründen, die im Gefolge der Wirtschaftskrise des Jahres 1873 die Verlagerung von Investitionen in die ungarische Reichshälfte begünstigten, wurden organisatorisch abhängige Produktionsstätten auch in peripheren Regionen innerhalb der wirtschaftlichen Kernräume errichtet. Am stärksten von diesem Prozess der Industrieverlagerung erfasst wurden die Textilregionen im nördlichen Nieder- und Oberösterreich sowie in den Grenzregionen Böhmens und Mährens. Parallel mit der Gründung von Fabriksbetrieben kam es zur Ausweitung von Heimarbeit, weil sich diese als flexibler und kostengünstiger Arbeitskräftepuffer zur Senkung der Arbeitskosten eignete. Freilich blieb der Kapitalexport auf wenige, für die jeweilige Branche geeignete Regionen und Standorte beschränkt. Die Abwanderung wurde damit in der Regel also nicht gestoppt; im Gegenteil: Mit der Einbeziehung immer neuer Bereiche in den Industrialisierungsprozess verloren jene Gewerbe sukzessive an Bedeutung, deren Erzeugnisse bisher noch neben der industriellen Massenware existieren konnten. Marktnischen, die sich oft auch aus der Unvollständigkeit in der Mechanisierungskette ergeben hatten, wurden kleiner, die Abhängigkeit und damit die Krisenanfälligkeit der peripheren Industrieregionen nahmen zu. Auf Grund der Außenabhängigkeit der Unternehmen und der Dominanz ganz weniger, oft nur einer einzigen Branche hatten sie jederzeit zu gewärtigen, dass technologisch, verkehrsmäßig oder konjunkturell bedingte Veränderungen der Rahmenbedingungen zu einem Abzug von Kapital und zur Schließung der abhängigen Standorte in der Peripherie führten.⁷

Die räumliche Verlagerung des Wachstums und das Aufkommen neuer Leitsektoren bewirkten ihrerseits massive Verschiebungen im sozialen Gefüge der Gesellschaft. Industrialisierung, Urbanisierung sowie die Kapitalisierung der Landwirtschaft beförderten die Proletarisierung, d.h. die Entstehung von lohnabhängig Beschäftigten. Ihre (Um-)Verteilung im Raum vollzog sich über Migration, deren Verlauf von den Einkommensmöglichkeiten in den Regionen, Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten, räumlicher Agglomeration und sektoraler Konzentration bestimmt war. Proletarisierung und Migration in Städte und Wachstumszentren blieben nicht ohne Auswirkungen auf die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung. Als Beispiel soll die südböhmische Stadt Budweis/České Budějovice angeführt werden, deren städtisches Bürgertum bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts mehrheitlich deutschsprachig war. Städtische Unterschichten und die ländliche Bevölkerung des Umlandes hingegen waren vorwiegend Tschechen. Die ethnische Verteilung spiegelte somit ein soziales Gefälle wider, das freilich nicht zum Konflikt führte. Ein Konflikt entstand erst, als mit den sozio-ökonomischen Veränderungen verstärkt tschechische Landbevölkerung in die Stadt zog. 1910 begriffen sich zwei Drittel der von 8000 (1800) auf 45.000 Einwohner angewachsenen Stadt als Tschechen. Doch obwohl die Tschechen ab der Jahrhundertwende die Bevölkerungsmehrheit stellten, sicherte das Kurien- und Zensuswahlrecht der deutschsprachigen Minderheit weiterhin die



8 King, Jeremy: Budweisers into Czechs and Germans. A Local History of Bohemian Politics, 1848-1948. Princeton/NJ: Princeton UP 2002.

9 Šeda, Oldřich: Industriebier weltbekannt. Modernisierungs- und Exportstrategien der südböhmischen Brauereien und Mälzereien. In: Komlosy, Andrea/Bůžek, Václav/Svátek, František (Hg.): Kulturen an der Grenze. Waldviertel – Weinviertel – Südböhmen – Südmähren. Wien: Promedia 1995, p. 155.

10 Komlosy 2003, pp. 239-244.

11 Gerdes, Dirk: Region und Regionalismus in Westeuropa. Stuttgart: Kohlhammer 1987.

Übermacht im Gemeinderat. Das Verhältnis der Nationalitäten war damit politisiert.⁸ Dabei verlief die Auseinandersetzung nicht nur über das Wahlrecht, sondern führte zur Absteckung nationaler Einflussphären in sämtlichen Lebensbereichen. In der Braustadt Budweis kämpften das »deutsche« Bier des alteingesessenen *Bürgerlichen Brauhauses* und das von einem tschechischen Lokalpolitiker begründete Aktienbier erbittert um die Gunst der Durstigen.⁹

Zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und ethnisch-nationaler Selbstbestimmung

Regionale Disparitäten zwischen Zentren und Peripherien entstehen unabhängig von den ethnisch-sprachlichen Verhältnissen innerhalb und zwischen den Regionen. Man findet sie innerhalb von ethnisch homogenen Regionen – auch dann, wenn diese Regionen ein hohes Entwicklungsniveau aufweisen, wie etwa Niederösterreich. Am Beispiel des Waldviertels, des Weinviertels, der Voralpentäler und der Region Eisenwurzen lassen sich unterschiedliche Formen der Peripherisierung aufzeigen. Man kann diese in ihrem Prozesscharakter nachzeichnen und seit der Einführung statistischer Erhebungen anhand von wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren als quantitative Differenz nachweisen. Darüber hinaus spiegelt sich die ungleiche regionale Entwicklung auch im ausgeprägten Benachteiligungsgefühl, das im 19. Jahrhundert in peripheren Regionen eine besondere Art von »Heimat-Gefühl« aufkommen ließ.¹⁰

Politische Brisanz erhielt die tatsächliche – oder nur so empfundene – ökonomische Benachteiligung meist nur dann, wenn das Zentrum-Peripherie-Verhältnis eine ethnische Dimension hatte – wobei keineswegs gewährleistet ist, dass jeder ethnisch geprägte Verteilungskonflikt eine Artikulationsmöglichkeit findet.¹¹ Wenn z.B. keine starken regionalen Eliten vorhanden waren (z.B. steirische, Krainer und Kärntner Slowenen) oder wenn bei einem regionalen Nationalitätenkonflikt eine Seite ein Bündnis mit der Wiener Zentrale einging (z.B. Kroaten und Rumänen gegen die Ungarische Revolution 1848), blieb der Konflikt unter der Oberfläche.

Keineswegs müssen ethnische Unterrepräsentation im Staat, politische Fremdbestimmung und ökonomische Peripherisierung immer deckungsgleich sein. Idealtypisch gesehen, kann ein Zentrum-Peripherie-Verhältnis durch das Zusammentreffen wirtschaftlicher, politischer und kultureller, d.h. auch ethnisch-sprachlicher Differenz charakterisiert sein. Im konkreten Fall müssen jedoch nicht alle Bedingungen von Benachteiligung bzw. Abhängigkeit zutreffen. Die Habsburgermonarchie hatte alle nur denkbaren Typen innerer Peripherien aufzubieten: vom voll ausgeprägten »internen Kolonialismus« mit ethnischem, politischem und ökonomischem Gefälle in den polnisch, ukrainisch, rumänisch, slowenisch, kroatisch und serbisch besiedelten Gebieten im Osten und Südosten, von der politischen und nationalen Fremdbestimmung wirtschaftlicher Zentralräume wie Lombardo-Venetien (bis 1859/66) und der böhmischen Länder über die ethnisch-sprachliche Unterdrückung von wirtschaftlich abhängigen Umherziehenden- oder MigrantInnengruppen (Roma, Tschechen in Wien etc.) bis hin zu den zahlreichen benachteiligten Wirtschaftsräumen ohne politische Selbstverwaltung innerhalb der einzelnen Regionen und Länder des Gesamtstaates (Waldviertel, Eisenwurzen etc.). Besonders brisant erwies sich der Konflikt, wenn politische Peripherisierung in einem ökonomischen Zentralraum stattfand.

Im folgenden Vergleich Ungarns, Böhmens und Galiziens lassen sich unterschiedliche Formen des Zentrum-Peripherie-Verhältnisses herausarbeiten.

Ungarn

Die langjährige osmanische Herrschaft, die kaum in die örtlichen Belange eingriff, eröffnete dem ungarischen Adel auch nach der Eingliederung in den habsburgischen Herrschaftsbereich politischen Freiraum gegenüber Wien. Zwar fand im 18. Jahrhundert – mit Ausnahme des oberungarisch/slowakischen Bergbaus – keine Industrialisierung statt; ihr Ausbleiben war freilich nicht nur der ablehnenden Haltung der österreichischen Regierung geschuldet, sondern gleichermaßen den Interessen des Großgrundbesitzes am Agrarexport. Ungarn wurde deshalb nicht in den sich herausbildenden habsburgischen Binnenmarkt eingegliedert, weil sich der ungarische Adel der Steuerreform widersetzte; so griff die Wiener Zentrale auf die Zolleinnahmen an der Grenze zurück. Der Zolltarif sollte gewährleisten, dass österreichische Industriewaren zu günstigen Konditionen nach Ungarn gelangten, bei der Einfuhr ungarischer Agrarerzeugnisse nach Österreich hingegen wurden hohe Aufschläge eingehoben.¹² Als Ungarn 1851 doch in die Zollunion aufgenommen wurde, erfolgte dies zu einem Zeitpunkt, als die

12 Beer, Adolf: Die Zollpolitik und die Schaffung eines einheitlichen Zollgebietes unter Maria Theresia. In: Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung [Innsbruck] 14 (1893), pp. 268-286; Komlos, John: Die Habsburgermonarchie als Zollunion. Die wirtschaftliche Entwicklung Österreich-Ungarns im 19. Jahrhundert. Wien: ÖBV 1986, pp. 27-31.



Länder der Stephanskrone nach der Niederschlagung der Revolution 1848 direkter Wiener Verwaltung unterstellt waren; dazu kam das gemeinsame Interesse an der Verbilligung der ungarischen Agrarimporte. Die Industrialisierung, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts im Nahrungsmittelbereich einsetzte, blieb – auch wenn sie auf den Maschinensektor ausstrahlte – unvollständig. Sie brachte innerhalb Ungarns, insbesondere in und um Budapest, industrielle Agglomerationen hervor. Insgesamt gesehen repräsentierte Ungarn jedoch eine ökonomische Peripherie. In politischer Hinsicht gelang es der Zentralmacht jedoch nicht, Ungarn in zentralistische Verwaltungsstrukturen einzugliedern; abgesehen von der kurzen Zeit zwischen der Niederschlagung der ungarischen Revolution von 1848 und dem »Ausgleich« von 1867 ließ sich die Zugehörigkeit Ungarns zum Gesamtstaat nur durch politische Zugeständnisse aufrecht erhalten. Der Ausgleich verlieh der ungarischen Reichshälfte eigenständige politische Handlungsfähigkeit. Ungarn kann somit in politischer Hinsicht als Zentrum, in ökonomischer hingegen als Peripherie angesehen werden.

Die böhmischen Länder

In den Ländern der böhmischen Krone verband sich eine starke ökonomische Position im Kernraum der Monarchie mit politischer Benachteiligung. Diese geht auf die Niederlage der böhmischen Stände in der Schlacht am Weißen Berg (1620) zurück, die die böhmischen Länder der staatlichen Zentralverwaltung in Wien unterordnete und den widerständigen Adel durch eine dem Herrscherhaus gegenüber loyal eingestellten Grundbesitzerklasse ersetzte.¹³ Diese spielte in der Industrialisierung und der Staatsverwaltung eine führende Rolle. Die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft brachten im 19. Jahrhundert mit dem Aufstieg von Bürgertum, Arbeiterschaft und neuen städtischen Unterschichten nicht nur eine soziale, sondern auch eine ethnische Transformation mit sich. In immer breiteren Kreisen der Gesellschaft begannen sich Formen der staatsbürgerlichen Identität herauszubilden, die einerseits auf konkurrierenden Merkmalen der Zugehörigkeit aufbauten, andererseits auf unterschiedliche politische Territorien bezogen waren. Jiří Kořalka führt das Österreichertum, den böhmischen Landespatritismus (Bohemismus), den Deutschnationalismus, das Tschechentum und den Slawismus als die zentralen staatsbürgerlichen Identitätsangebote in der böhmischen Gesellschaft an.¹⁴ Der böhmische Landespatritismus, der Deutsche und Tschechen gleichermaßen einschloss und auf der gesamtstaatlichen Ebene mit dem Österreichertum kompatibel war, kollidierte mit der – von der Französischen Revolution inspirierten – Formierung der deutschen und der tschechischen Nationalbewegung. Diese nahmen ihre Einordnung in den habsburgischen Gesamtstaat als Deutsche oder als Tschechen vor; darüber hinaus begriffen sie sich als Teil einer – nicht notwendigerweise staatlich gedachten – Gesamtkultur aller Deutschen (Großdeutschtum) oder Slawen (Panslawismus). Im Prinzip war das böhmische Staatsrecht, also die Konstituierung der Länder der böhmischen Krone als Selbstverwaltungseinheit, mit allen Identitätsverständnissen vereinbar. Es gehörte ursprünglich auch – unabhängig von der ethischen Zugehörigkeit – zum Forderungspaket der böhmischen Landespatriten. Die Zuspitzung des von den Nationalbewegungen angeheizten deutsch-tschechischen Konflikts bewirkte jedoch, dass sich die Deutschen von der Staatsrechtsforderung verabschiedeten. Die »Böhmischen Länder« als Einheit zu sehen, blieb der tschechischen Nationalbewegung vorbehalten und wurde in der Folge mit dem Tschechentum identifiziert. Beflügelt durch den Ausgleich mit Ungarn wurde das Staatsrecht zur Hauptlosung der Partei der Altschechen.¹⁵ Das Scheitern eines böhmischen Ausgleichs heizte den Nationalitätenkonflikt in den böhmischen Ländern massiv an. Tschechen, die im Zuge der sozio-ökonomischen Transformation im gesamten sozialen und professionellen Spektrum der Gesellschaft vertreten waren, begriffen die Verweigerung der Metropole, den Kronländern Böhmen, Mähren und Schlesien eine gemeinsame eigenständige parlamentarische Vertretung zuzugestehen, als nationale Benachteiligung. Während Deutschböhmen mit dem (Groß-)Deutschtum oder dem Österreichertum alternative Zugehörigkeitsangebote zur Verfügung standen, kaprizierten sich die politischen Vertreter des Tschechentums in ihren Selbstverwaltungsvorstellungen auf jenes Territorium der Gesamtmonarchie, in dem Tschechen lebten. Tschechen standen nicht zuletzt auf Grund des hohen Bildungsniveaus in den böhmischen Ländern in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft gute Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten offen; ihre starke wirtschaftliche Position führte zu einer hohen Identifikation mit dem Gesamtstaat; umgekehrt nahmen sie die Spannung zwischen ökonomischer Zentralität und politischer Peripherisierung, die in der Aufrechterhaltung

13 Hroch, Miroslav/Petráň, Josef: Das 17. Jahrhundert – Krise der Feudalgesellschaft? Hamburg: Hoffmann & Campe 1981, p. 148.

14 Kořalka, Jiří: Tschechen im Habsburgerreich und in Europa 1815-1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik 1991 (Schriftenreihe des OSI 18), pp. 23-75; cf. auch Bruckmüller, Ernst: Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftliche Prozesse. Wien: Böhlau 1996, pp. 241-250, pp. 276-297.

15 Kořalka 1991, pp. 146-152.

16 Klusáková, Lud'a: The Czech Lands in the Habsburg Empire (Economic Centre but Political Periphery). In: Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): *Internal Peripheries in European History*. Göttingen: Muster-Schmidt 1991, p. 183.

17 Cf. Bruckmüller 1996, p. 251, p. 266; Maner, Hans-Christian: Zum Problem der Kolonisierung Galiziens. Aus den Debatten des Ministerrates und des Reichsrates in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Feichtinger, Johannes/Prutsch, Ursula/Csáky, Moritz (Hg.): *Habsburg postcolonial. Machtstrukturen und kollektives Gedächtnis*. Innsbruck: Studienverl. 2003, pp. 153-164.

18 Franaszek, Piotr: Die Voraussetzungen für die Entwicklung des Erdölbergbaus in Galizien. In: Buszko, Josef/Leitsch, Walter (Hg.): *Österreich – Polen. 1000 Jahre Beziehungen*. Krakau: Jagiellonische Univ. 1996 (*Studia Austro-Polonica* 5), pp. 195-204.

19 Caro, Leopold: Auswanderung und Auswanderungspolitik in Österreich. Leipzig: Duncker & Humblot 1909 (*Schriften des Vereins für Socialpolitik* 131).

20 Komlosy 2003, p. 190f.

separater Provinzverwaltungen zum Ausdruck kam, als Bevormundung der tschechischen Volksgruppe wahr.¹⁶ Der hohe Entwicklungsstand der böhmischen Länder kam in der starken Durchkapitalisierung der Gesellschaft, der Integration in überregionale arbeitsteilige Zusammenhänge und der großen Bedeutung der Marktförmigkeit zum Ausdruck. Umso ausgeprägter waren auch die regionalen und sozialen Ungleichgewichte in der Bevölkerung. Die überregionalen Kontakte und die kleinräumigen Unterschiede der Einkommensverhältnisse bewirkten ein hohes Ausmaß an Migration, die auf Grund der großen Anziehungskraft der Reichsmetropole in überproportionalem Ausmaß auf den Großraum Wien gerichtet war. Der hohe Migrationsdruck auf die Bevölkerung verstärkte den Eindruck der politischen Fremdbestimmung durch eine weit verbreitete ökonomische Alltagserfahrung. Diese relativierte den Nutzen der ökonomischen Zentralität für all jene Menschen, die zur Sicherung ihres Lebensunterhalts nichtsdestotrotz auf Arbeitswanderung angewiesen waren.

Galizien

In Galizien, das – mit einem kurzen Intermezzo einer Galizischen Hofkanzlei (1774-1776) – der Vereinigten Österreichisch-Böhmischen Hofkanzlei unterstand, fielen ökonomische und politische Peripherisierung zusammen. Auch ethnische Fremdbestimmung war gegeben, begriff der polnische Adel das Land doch als Bestandteil der polnischen Nation. Er war allerdings mit zahlreichen Bauernaufständen konfrontiert, an denen sowohl polnische als auch ukrainische Untertanen beteiligt waren.¹⁷ In dem Maße, in dem das polnische Nationalgefühl breitere Schichten der Gesellschaft erfasste, verschärfte sich die soziale Kluft zwischen den polnischen und den ukrainischen Einwohnern, die in der Habsburgermonarchie als Ruthenen bezeichnet wurden. Beide Gruppen begriffen den Hof als Schutzmacht, was dem Widerstand gegen die politische Peripherisierung die Spitze nahm. Die 1868 gewährte Autonomie, die dem polnisch beherrschten Landtag in Lemberg/Lwów/L'viv eine Reihe von Selbstverwaltungskompetenzen einräumte, war der Preis für die Unterstützung der kaiserlichen Regierung im Reichsrat durch den polnischen Adel und beinhaltete keine dem ungarischen Ausgleich vergleichbare Selbstständigkeit. Dadurch waren anders als in Ungarn einer eigenständigen Wirtschaftspolitik auf Landesebene enge Grenzen gesetzt. Es traten immer wieder deutliche Interessensgegensätze zwischen Landes- und Zentralbehörden auf.¹⁸ Die Hoffnungen der Landeseliten zielten auf eine nationale Entwicklung Galiziens (im Rahmen der Habsburgermonarchie) ab, während Wien Galizien als Rohstoffperipherie ansah. Die Industrie blieb auf wenige Extraktionsenklaven (Kohle, Salz, Erdöl) und der Infrastrukturaufbau auf die Transportkapazitäten nach Mähren und Niederösterreich beschränkt. Zu einer Ausstrahlung des Primärsektors auf verarbeitende Industriezweige kam es nur in wenigen Fällen. Während Rohstoffe und Nahrungsmittel für die österreichischen wirtschaftlichen Zentralräume bestimmt waren, woher im Gegenzug verarbeitete Produkte bezogen wurden, richtete sich die galizische Migration vorwiegend nach Deutschland (saisonal) und nach Übersee.¹⁹ Dies lässt eine Schwäche des Wiener Zentrums vermuten, das nicht in der Lage war, genügend Anziehungskraft auf die Humanressourcen der galizischen Arbeitskraft auszuüben. Das Beispiel zeigt weiters, dass auch Zentren untereinander – in diesem Fall in- und ausländische – um den Zugriff auf Peripherien konkurrierten bzw. ein abgestuftes Hierarchieverhältnis bildeten. Für die Außenorientierung der galizischen MigrantInnen mitausschlaggebend war neben der Distanz und verschiedenen kulturellen Barrieren (Sprache, Religion) die Tatsache, dass der Arbeitsmarkt für MigrantInnen in den österreichischen Zentralräumen zu dem Zeitpunkt, als polnische und ukrainische Unterschichten nach (saisonalen) Verdienstmöglichkeiten Ausschau hielten, bereits von MigrantInnen aus den Alpenländern und den böhmischen Ländern besetzt waren. Diese sorgten durch enge Kontakte mit ihren Herkunftsregionen für regelmäßigen Nachschub und erschwerten die Integration neuer MigrantInnengruppen; jedenfalls blieb die Zuwanderung aus Galizien in die Kernräume der Monarchie vergleichsweise gering.²⁰ Auch Arbeitskräfteperipherien – hier die böhmischen Länder und die Karpatenländer – standen untereinander also in einem Konkurrenzverhältnis um Zugang zu zentralräumlichen Arbeitsmärkten. Im Gegensatz zum unteren Segment des Arbeitsmarktes übte Wien für gebildete, insbesondere jüdische Schichten aus Galizien und der Bukowina große Anziehungskraft aus und eröffnete in vielen Fällen glänzende Karrieren in Politik, Staatsdienst, Wissenschaft und Kulturleben.

21 Limberger, Michael: Von einer Textilregion zum Warenhaus Europas. Nordwesteuropas erste Schritte auf dem Weg zur Kernregion der Weltwirtschaft. In: Edelmayer, Friedrich/Feldbauer, Peter/Wakounig, Marija (Hg.): Globalgeschichte 1450-1620. Anfänge und Perspektiven. Wien: Promedia 2002, pp. 125-138.

22 Z.B. Wallerstein, Immanuel: Das moderne Weltssystem. Bd. 2: Der Merkantilismus. Europa zwischen 1600 und 1750. Wien: Promedia 1998, pp. 269-75.

23 Hroch/Petráň 1981, p. 182.

24 Benedikt, Heinrich: Als Belgien österreichisch war. Wien, München: Herold 1965, pp. 39-55.

25 Komlosy, Andrea: Ökonomische Grenzen. In: Heindl, Waltraud/Saurer, Edith (Hg.): Grenze und Staat. Paßwesen, Staatsbürgerschaft, Heimatrecht und Fremden gesetzgebung in der österreichischen Monarchie (1750-1867). Wien, Köln, Weimar: Böhlau 2000, pp. 805-876.

Der internationale Kontext

Hier soll die Frage nach den ökonomischen Zentren und Peripherien mit der Stellung der Habsburgermonarchie im internationalen Zusammenhang in Beziehung gesetzt werden. Wir beschränken uns dabei auf die österreichische Linie des Hauses Habsburg, zumal die spanischen und die österreichischen Besitzungen seit 1556 separate Reiche darstellten. Bis ins 17. Jahrhundert kann das Zentrum der europäischen Wirtschaft zwischen Oberitalien, Oberdeutschland und Flandern lokalisiert werden.²¹ Die ostmitteleuropäischen Besitzungen der Habsburger, die gleichzeitig als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation fungierten, waren eng mit diesem Zentralraum verflochten. Auf Grund des Abhängigkeitsverhältnisses zu den deutschen, italienischen und flämisch-holländischen Zentren werden sie auch als Semiperipherie charakterisiert.²² Mit der Verlagerung der führenden Wirtschaftszentren an den Atlantik (mit Amsterdam im 17. Jahrhundert und London im 18. Jahrhundert als Metropolen der europäischen Handels- und Finanzströme) rückten die alten Zentralräume – und mit ihnen die habsburgischen Länder als Semiperipherie – an den Rand. Verstärkt durch den Dreißigjährigen Krieg, der auch als Ausdruck dieses Abstiegs gesehen werden kann, kam es zu einem Rückgang überregionaler Marktbeziehungen und einer Konzentration auf die regionalen Binnenmärkte.²³ Es gelang nicht, die im Gefolge des Spanischen Erbfolgekrieges 1713/14 den Habsburgern zugesprochenen südlichen Niederlande zu einem Zentrum der überseeischen Aktivität zu nutzen. Die 1718 in Ostende aufgenommenen Kolonialhandelsaktivitäten einer österreichischen Ostindien-Kompanie stießen auf den entschiedenen Widerstand der etablierten Kolonialmächte. Großbritannien und Frankreich machten ihre Zustimmung zur *Pragmatischen Sanktion*, mit der Karl VI. seiner Tochter Maria Theresia die Erbfolge sichern wollte, von der Auflösung der Ostindischen Handelskompanie abhängig.²⁴ Zudem verlor Habsburg-Österreich im Laufe des 18. Jahrhunderts eine Reihe von wirtschaftlich hoch entwickelten Randprovinzen (Schlesien 1742, Österreichische Niederlande 1797, Vorderösterreich 1805).

Die wirtschaftliche Schwäche und die sukzessive Verdrängung der Habsburger aus dem europäischen Westen sollte durch folgende Maßnahmen und Entwicklungen kompensiert werden:

- 1) *Durch staatliche Industrieförderung im Rahmen des Merkantilismus.*
Diese begünstigte die österreichischen und die böhmischen Länder, während Ungarn die Rolle einer Agarperipherie zugeschrieben wurde. Umgekehrt akzentuierte die wirtschaftliche Integration innerhalb der industrialisierten Landesteile, die durch die Förderungsmaßnahmen sowie die Gesetzgebung vorangetrieben wurde, die Unterschiede zwischen den Regionen. Mit der Wirtschaftsförderung ging der Ausbau moderner staatlicher Verwaltungsstrukturen einher, die die Grundlage für den direkten steuerlichen Zugriff auf die Staatsuntertanen erlauben sollten.²⁵
- 2) *Durch die territoriale Ausrichtung der Monarchie nach Ost- und Südosteuropa.*
Im Zuge der Zurückdrängung des osmanischen Einflusses nahmen die Habsburger sukzessive Gebiete in Südosteuropa in Besitz, die seit dem 16. Jahrhundert unter osmanischer Herrschaft standen: Ungarn, Siebenbürgen und Kroatien-Slawonien (1699), Banat (1718) sowie – vorübergehend – Nordserbien und die Kleine Walachei (1718-1738). In Richtung Nordosten wurde der Gebietsstand durch die polnischen Teilungen vergrößert, durch die Ostgalizien (1772), die Bukowina (1775), Westgalizien (1795-1809) sowie der Freistaat Krakau (1846) österreichisch wurden. Der Verlust der südlichen Niederlande wurde durch die ehemals venezianischen Besitzungen am Adriatischen Meer (Venetien, Dalmatien 1797) kompensiert. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte mit dem Verlust der Lombardei (1859) und Venetiens (1866) erneut den Rückzug aus wirtschaftlichen Kernräumen, und mit der Okkupation von Bosnien-Herzegowina (1878) die Ausdehnung auf dem Balkan auf Kosten des im Rückzug befindlichen Osmanischen Reiches.
- 3) *Durch die Reorientierung der Außenhandelsbeziehungen auf den Schwarz- und Mittelmeerraum.*
Die entsprechenden rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen wurden durch einen Handelsvertrag mit der Hohen Pforte (1718) sowie die Erhebung von Triest und Fiume/Rijeka zu Freihäfen (1718) geschaffen. Mit der Ausrichtung des Handels nach Osten

26 Heiss, Gernot/Klingenstein, Grete (Hg.): Das Osmanische Reich und Europa 1683-1789. Konflikt, Entspannung und Austausch. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik 1983.

27 Wallerstein, Immanuel: Das moderne Weltssystem. Bd. 3: Die große Expansion. Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert. Wien: Promedia 2004, Kap. 3.

28 Szűcs, Jenő: Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt: Neue Kritik 1990, p. 80; cf. auch Landsteiner, Erich: Europas innere Grenzen. Reflexionen zu Jenő Szűcs 'Skizze' der regionalen Dreigliederung Europas. In: Wieser Enzyklopädie des europäischen Ostens. Bd. 11: Europa und die Grenzen im Kopf. Hg. v. Karl Kaser, Dagmar Gramshammer-Hohl, Robert Pichler. Klagenfurt: Wieser 2003, pp. 165-196.

29 Szűcs 1990, p. 80.

30 Pacholkiv, Svjatoslav: Das Werden einer Grenze. In: Heindl/Saurer 2000, p. 538.

31 Hofbauer, Hannes/Roman, Viorel: Bukowina, Bessarabien, Moldawien. Vergessenes Land zwischen Westeuropa, Rußland und der Türkei. Wien: Promedia 1997.

32 Lendvai, Paul: Die Ungarn. Eine tausendjährige Geschichte. München: Goldmann 1999, p. 168.

33 Ibid., p. 125; Roman, Viorel/Hofbauer, Hannes: Transsilvanien – Siebenbürgen. Begegnung der Völker am Kreuzweg der Reiche. Wien: Promedia 1996.

und Südosten veränderte die Habsburgermonarchie ihre Stellung in der internationalen Arbeitsteilung. Gegenüber dem westlichen Europa, von wo Kapital, Know-how und verarbeitete Waren bezogen und wohin im Gegenzug Roh- und Halbfertigwaren exportiert wurden, befand sie sich in der Rolle einer Peripherie. Im Handel mit dem Osmanischen Reich, Russland und den späteren Balkanstaaten hingegen war Österreich in der günstigeren Rolle des Fertigwarenexporteurs, der Metallwaren und Textilien gegen Lebensmittel und unverarbeitete Produkte eintauschte.²⁶ Die habsburgischen Exporteure profitierten damit von dem Positionswechsel, der das Osmanische Reich unter dem Druck britischer und französischer Exportinteressen von einem Weltzentrum der gewerblichen Produktion auf die Rolle des Primärgüterexportörs festlegte.²⁷

- 4) *Durch die Möglichkeit des Zugriffs auf ein vielfältiges Set von inneren Peripherien, die in eine ungleiche überregionale Arbeitsteilung mit den sich herausbildenden Zentren der Habsburgermonarchie eintraten. Der ungarische Historiker Jenő Szűcs hat die Habsburgermonarchie als »ein verkleinertes, »ostmitteleuropäisches« Abbild jener Arbeitsteilung [charakterisiert], die die moderne Weltwirtschaft ins Leben gerufen hatte.«²⁸ Den entscheidenden Anstoß dafür habe der Westfälische Friede (1648) gegeben, der die Habsburger politisch aus Westeuropa verdrängte. »Den nachdrücklichen Anstoß gaben schließlich die Misserfolge der Handelsgesellschaftsgründungen nach westlichem Muster im Verlauf des nächsten halben Jahrhunderts, die gezeigt hatten, dass die Habsburger keine Chance im westlichen Sektor der Weltwirtschaft hatten. In der Folge stellte sich das Haus Habsburg innerhalb seines eigenen ostmitteleuropäischen Rahmens auf eine westliche – industrielle – und östliche – agrarische – Arbeitsteilung seiner Wirtschaftsstruktur ein.«²⁹*

Die Ausweitung der inneren Peripherien, die im Zuge der Ostexpansion in das Habsburgerreich eingegliedert wurden, steht also in engem Zusammenhang mit dessen internationaler Position. Die Teilnahme am Überseegeschäft scheiterte am späten Einstieg der Österreicher, am geringen wirtschaftlichen Gewicht und der fehlenden Erfahrung, v.a. aber am Veto der etablierten Seemächte, die keinen weiteren Konkurrenten an der Atlantikküste aufkommen lassen wollten. Als in der Folge – im Zuge der nationalstaatlichen Konsolidierung Preußens und Frankreichs – Schlesien, die schwäbischen Vorlande und die südlichen Niederlande wegbrachen, die zu den führenden Gewerbestandorten der Monarchie gezählt hatten, war der Großmachtstatus nur durch gezielte Kompensationsmaßnahmen aufrecht zu erhalten. Diese bestanden einerseits in der Konsolidierung der Staatsgewalt im Inneren, um die Wirtschaftsleistung und die Steuerkraft zu erhöhen, andererseits in der Suche nach neuen Handelspartnern und in der territorialen Erweiterung. Die Richtung war durch die geografische Lage, die militärischen Kräfteverhältnisse und die Gelegenheiten vorgegeben, die aus Kriegskunst und Diplomatie resultierten. Sie verlief nach Nordosten, wo Preußen und Russland Konkurrenten im Einfluss auf das historische Polen darstellten, dessen Verschwinden von der Landkarte im gemeinsamen Interesse der Teilungsmächte lag.³⁰ Ebenfalls gegen eine Machterweiterung Russlands war die Besetzung der Bukowina gerichtet, die im Zusammenhang mit der Verdrängung des Osmanischen Reiches aus dem nördlichen Schwarzmeerraum stand.³¹ Die Eroberung der Gebiete, die vor der osmanischen Herrschaft der Stephanskronen angehörten, stellte Wien vor ein besonders delikates Problem. Die österreichische Historiografie legitimiert(e) den Vormarsch der Habsburger als Akt der Befreiung und Rückgewinnung von Gebieten, die auf Grund eines Heiratsvertrages nach dem Tod des ungarischen Königs Ludwig II. als habsburgisch angesehen wurden.³² In der Zwischenzeit hatte der ungarische Adel unter der osmanischen Herrschaft, insbesondere in der Form der siebenbürgischen Suzeränität, erhebliche Autonomie erlangen können.³³ Nach der durch die Aufgabe des Widerstandsrechts zwar grundsätzlich begrüßten habsburgischen Machtübernahme war dieser freilich nicht bereit, die alten ständischen Freiheiten gegen die zentralistische Verwaltung einzutauschen, die der Wiener Hof in der Zwischenzeit in den deutschen und böhmischen Erblanden eingeführt hatte. So rief die Erweiterung selbst im Fall des loyalen Ungarn eine scharfe Konfliktsituation hervor, die in kriegerische Auseinandersetzungen mündete. Die Befestigungsanlage des Wiener Linienwalls wurde paradoxerweise nicht gegen die Osmanen errichtet, sondern gegen aufständische ungarische Truppen, die im Jahr 1703, also keine fünf Jahre nach der »Befreiung« des ungarischen Paschalik, gegen Wien vorrückten. Die Eingliederung Ungarns unter habsburgische Herrschaft



34 Paulinyi, Akos: Ungarn 1700-1850.
 In: Handbuch der europäischen
 Wirtschafts- und Sozialgeschichte.
 Bd. 4. Hg. v. Wolfram Fischer et al.
 Stuttgart: Klett-Cotta 1993,
 pp. 924-934.

bedurfte daher eines ständigen Ausgleichs zwischen der Gewährung von Landes-Autonomie mit den zentralstaatlichen Bemühungen, diese – in der Provinzverwaltung, in der Siedlungspolitik oder in der Militärgrenze – dem landständischen Einfluss zu entziehen.³⁴ Die Gebietserweiterung im Süden fand vor dem Hintergrund des napoleonischen Vormarsches nach Venedig statt, der den Habsburgern die venezianischen Besitzungen im nördlichen Mittelmeer im Tausch gegen die französische Besetzung der südlichen Niederlande einbrachte. Das Expansionsinteresse lag nicht nur im Zugang zu einem – wenn auch sehr geschlossenen – Meer, sondern gleichzeitig im Riegel, den der habsburgische Küstenstreifen dem Meereszugang der Osmanen und nach der Staatsgründung auch dem mit Russland verbündeten Serbien vorschob.

Die bisher angeführten Gründe für die Osterweiterung der Habsburgermonarchie resultierten aus der Großmachtlogik, die gebot, Gebietsverluste im Westen durch Landgewinne im Osten zu kompensieren. Diese erfolgten – nach Maßgabe der Möglichkeiten – in Zonen, in denen analoge Vorstöße konkurrierender Mächte hinten gehalten werden sollten. Der Vorstoß in benachbarte Territorien glich früheren Phasen der Reichsbildung und hatte insofern nichts mit kolonialer Landnahme zu tun. Gleichzeitig richtete er sich nicht nur gegen die Ansprüche benachbarter Großmächte, sondern reihte sich in den Wettlauf um weltweiten Einflussgewinn ein, den die damals führenden Seemächte längst mit Hilfe der Kontrolle von Handelsrouten, der Sicherung von Bezugs- und Absatzmärkten sowie der kolonialen Eroberung austrugen. Kann also, wenn die Habsburger an Stelle von Indien und der Karibik Galizien oder das Banat in ihr Territorium einbezogen, von einer Art kolonialer Landnahme gesprochen werden? Ersetzten die Erweiterungsgebiete im Osten und Südosten die Kolonien, die auf Grund von Lage, Militär- und Wirtschaftskraft in Übersee verschlossen waren?

Cui bono? Werttransfer zwischen Zentrum und Peripherie

Jenő Szűcs unterstreicht im zitierten Text die Funktion der ost- und südosteuropäischen Anschlussgebiete als Ersatz für äußere Kolonien. Damit ist allerdings noch keine Aussage getroffen, ob ihr Nutzen für das Zentrum in militärischer, in ökonomischer oder in handelspolitischer Hinsicht zutage trat, und ob er in der volkswirtschaftlichen Bilanz positiv oder negativ zu Buche schlug.³⁵ Militärischer Nutzen im Kalkül einer Großmacht kann für den Staat immer nur als finanzielles Defizit in Erscheinung treten; dies schließt freilich nicht aus, dass die Landnahme in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgreich sein kann. Was für den einzelnen Händler oder Investor positiv sein kann, erweist sich aus gesamtstaatlicher Perspektive jedoch möglicherweise als Fass ohne Boden. Neben den militärischen Kosten fallen für den Staat auch Infrastruktur-, Bildungs- und Sozialausgaben an – zumal dann, wenn die BewohnerInnen der kolonialen Neuerwerbungen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte besitzen wie jene der alten Länder. Die formale Gleichheit der Staatsbürger machte übrigens den größten Unterschied zwischen einer überseeischen Kolonie im klassischen und einer inneren Kolonie (Peripherie) im übertragenen Sinn aus.

Galizien

Zusätzliche Untertanen zu gewinnen, erhöhte die steuerliche Basis. Deshalb wurde die Einverleibung Galiziens, das mit 78.500 km² und 4,6 Mio. Einwohnern (1857) das größte Kronland darstellte, als fiskalischer Zugewinn für den Staat verbucht.³⁶ Dabei geriet die Staatsverwaltung allerdings in Konflikt mit den adeligen Grundbesitzern um das bäuerliche Mehrprodukt. Als Teile Cisleithaniens wurden die Karpaten und die südlichen Länder schließlich in die von Wien aus verwaltete Reichshälfte eingegliedert.³⁷ Die staatliche Verwaltung, Infrastruktur und die gesetzlich vorgeschriebenen Bildungsstandards in allen Teilen des Reiches aufrecht zu erhalten, war mit Kosten verbunden. Der Vergleich des Steueraufkommens zeigt, dass die agrarischen Randprovinzen im Nordosten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weniger zu dessen Aufbringung beitrugen als sie an Steuermitteln erhielten. Um 1870 trug Galizien 10,8 % zum Gesamtsteueraufkommen Cisleithaniens bei, bezog hingegen 26 % der Ausgaben. Das Jahr 1900 zeigte das gleiche Verhältnis.³⁸ Daraus lässt sich keineswegs folgern, dass sie reine Zuschussposten dargestellt hätten und sich ihr Erwerb nicht gelohnt hätte. Da die öffentliche Kostenrechnung getrennt von der privaten Nutzenrechnung erfolgt, ist in diesem Punkt keine Gesamtbilanz möglich. Eine solche müsste nach den Werten fragen, die in einer peripheren Region geschaffen wurden, auf Grund der Transfers von unverarbeiteten Rohstoff-

35 Die Bewertungsfrage wird hier in qualitativer Hinsicht gestellt; eine Umsetzung in Geldbeträge ist auf Grund der für die gewünschten räumlichen Einheiten oft nicht verfügbaren Datenbasis sowie der Schwierigkeiten bei der Quantifizierung unbezahlter und unbezahlbarer Arbeiten nicht sinnvoll.

36 Dickson, P.G.M.: Finance and Government under Maria Theresia 1740-1780. Bd. 2: Finance and Credit. Oxford: Clarendon Pr. 1987, p. 63.

37 Pacholkiv 2000, p. 533.

38 Wysocki, Josef: Infrastruktur und wachsende Staatsausgaben. Das Fallbeispiel Österreich 1868-1913. Stuttgart: Fischer 1975, p. 188, p. 206, pp. 243-246; cf. auch Mosser, Alois: Das Habsburgerreich als Wirtschaftsraum unter besonderer Berücksichtigung der östlichen Karpatengebiete. In: Slawinski, Ilona/Strelka, Joseph P. (Hg.): Die Bukowina. Vergangenheit und Gegenwart. Bern et al.: Peter Lang 1995, p. 69.



39 Matis/Bachinger 1973, pp. 171-174;
Franaszek 1996.

fen sowie Arbeitskräften jedoch erst bei der Wertschöpfung in den Zentren der Verarbeitung und des Konsums als Gewinn anfielen. In dieser Hinsicht ähnelten die Mechanismen des Werttransfers von den Agrarprovinzen der Monarchie in die Verarbeitungs- und Konsumzentren dem Ausbeutungsverhältnis zwischen Mutterland und Kolonie. Auch bei formellen Kolonien war die einseitige Festlegung der Wirtschaftsstrukturen auf Rohstoffe in der Peripherie, Weiterverarbeitung im Zentrum (ungleiche überregionale Arbeitsteilung), die Benachteiligung der Rohstofflieferanten beim Austausch mit Fertigwaren (ungleicher Tausch), der Abfluss von Humanressourcen (Migration, Braindrain) sowie der Abfluss von Kaufkraft, Ersparnissen und Zinsen in die Konsum- und Bankenzentren wirksam. Bisher hat niemand die Summe errechnet, die die Neuerwerbungen des 18. und 19. Jahrhunderts an Wertschöpfung in den Wirtschafts-, Konsum- und Bankenzentren der Habsburgermonarchie ermöglichten.

Zu beachten ist, wie sich im Falle Galiziens dessen Bedeutung mehrfach verschob. Am Beginn standen die strategische Bedeutung und die Steuereinnahmen; dazu kamen die Handelsrouten, die den Export österreichischer Waren nach Russland und in den Schwarzmeerraum erlaubten; nach der Eingliederung in die Zollunion (1784) öffnete sich auch der galizische Markt für österreichische Industrieprodukte. Als Nahrungsmittelexporteur spielte Galizien auf Grund der geringen Marktorientierung der Landwirtschaft keine große Rolle; erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde der Anbau von Weizen für den Export ausgeweitet. Die Naturressourcen beschränkten sich zunächst auf Salz. Dies änderte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts, als der Kohleabbau um Jaworzno massiv gefördert und mit der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn der Wiener Zentralraum für den Absatz geöffnet wurde. Eine unverhoffte Inwertsetzung der Peripherie erfolgte schließlich durch die seit 1852 getätigten Erdölfunde, die die Donaumonarchie nach den USA und Russland auf Rang 3 der weltweiten Ölproduktion hieften (1909).³⁹ Beim Kohlebergbau war deutsches, französisches und belgisches Kapital beteiligt, das Erdöl wurde mit US-amerikanischem und kanadischem Kapital und Know-how erschlossen – ein Zeichen für die relative Rückständigkeit der Habsburgermonarchie. Das innerösterreichische Zentrum-Peripherie-Verhältnis blieb davon unberührt, erfolgte die Raffinierung des »schwarzen Goldes« doch nur teilweise vor Ort. Die größten Raffinerien befanden sich in Wien sowie in den Exporthäfen Triest und Fiume/Rijeka. Durch die internationalen Kooperationen im Rahmen der Erdölförderung entstanden berufliche Kontakte, die auch späteren ArbeitsmigrantInnen die Richtung wiesen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Staatliche Politik bereitet dem privaten Werttransfer den Boden. Es macht daher keinen Sinn, Nutzen und Stellung einer inneren Peripherie auf der Ebene des Budgets zu betrachten. Eine staatliche Ausgabe konnte ins Leere gehen; ohne sie war die private Aneignung von Werten jedoch nicht möglich. Dies trifft auf das Wesen der Kapitalakkumulation ganz generell zu; in Hinblick auf deren ungleiche Raumstruktur charakterisiert sie auch das Verhältnis von Zentrum und Peripherie.

40 Becker/Odman 2004, p. 85.

Ungarn

41 Berend/Ránki 1979, p. 77; Dies.:
The European Periphery and Industrialization 1780-1914. Cambridge:
Cambridge UP 1982, p. 87.

Im Fall der Länder der Stephanskrone blieb die zentrale staatliche Verwaltung in der ungarischen Hauptstadt. Landtag und Komitate befanden sich fest in adeliger Hand. Nach dem »Ausgleich« etablierte sich in Budapest das für ganz Transleithanien zuständige Parlament. Staatliche Maßnahmen zur Erschließung der ungarischen Provinz gingen also von Budapest aus. Von einem kolonialen Verhältnis zu Österreich kann auf Grund der quasi-staatlichen Selbstständigkeit nicht die Rede sein. Die ungarische Regierung agierte in Sachen Wirtschafts-, Infrastruktur-, Regional- und Bildungspolitik völlig autonom. Sie setzte bewusst auf den Infrastrukturausbau und die Förderung der Industrie. Nichtsdestotrotz befand sich die ungarische Wirtschaft in einem Abhängigkeitsverhältnis von den österreichischen Zentren. Dieses trat einerseits in der Güterstruktur zu Tage, die Ungarn auf den Export von Landwirtschaftsprodukten und Österreich auf Fertigwaren festlegte. Mit 72-76% der Exporte und 73-86% der Importe (1880-1913) war Ungarn sehr einseitig auf den österreichischen Markt orientiert. Demgegenüber waren österreichische Exporte breiter gestreut. Ungarn nahm davon nur 38-39% auf.⁴⁰ Bei der Industrialisierung Ungarns spielten österreichische Investoren und österreichische Banken eine entscheidende Rolle. 40% der zwischen 1867 und 1914 in Ungarn getätigten Investitionen entfielen auf Auslandskapital, 65-70% davon kamen aus der österreichischen Reichshälfte.⁴¹ Das Finanzzentrum der ungarischen Industrialisierung war Wien; neben den Wiener Großbanken waren insbesondere in den südslawischen Regionen auch tschechische Banken

42 Cf. am Beispiel Ungarns Pogány, Ágnes: *The Changing Image of the Economic Role of Austria in the Hungarian Public Discourses*. Paper presented at the Conference *Austria's Economic Relations with her Central and South-East European Neighbours after the Second World War*. Wien, 04.-05.06.2004 [unveröff. Ms.]

43 Komlosy 2000, pp. 87off.

44 Z.B. Gerschenkron, Alexander: *An Economic Spurt that Failed*. 4 Lectures in Austrian History. Princeton/NJ: Princeton UP 1977; Matis/Bachinger 1973.

45 Z.B. Good 1986; Mosser 1995.

46 Cf. auch Komlosy, Andrea: *Regionale Ungleichheiten in der Habsburgermonarchie. Kohäsionskraft oder Explosionsgefahr für die staatliche Einheit?* In: Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): *Innere Peripherien in Ost und West*. Stuttgart: Franz Steiner 2001 (*Historische Mitteilungen der Ranke-Ges.*, Bh. 42), pp. 95-109.

aktiv. Dies hatte zur Folge, dass die Erträge aus Investitionen nur teilweise in Ungarn anfielen, sondern in Form von Zins- und Kapitalrückflüssen nach Österreich gingen. Unterzieht man die Branchen-, Waren- und Partnerstruktur im Außenhandel einer genaueren Bewertung, zeigt sich, dass die Investitionen in Ungarn auf wenige Regionen und hier wiederum auf jene Branchen beschränkt waren, in denen die traditionellen Exportkapazitäten lagen: auf die Nahrungsmittel- und die Mühlenindustrie, deren Exporte nahezu ausschließlich nach Österreich gingen. Einseitige Branchenstruktur und Außenhandelsabhängigkeit blieben also aufrecht, allerdings erhöhte sich durch die Errichtung von Nahrungsmittel verarbeitenden Betrieben der ungarische Anteil an der Kapitalverwertung. Gleichzeitig löste die Agrarindustrie Entwicklungen im Maschinenbau, im Verkehrswesen und der infrastrukturellen Erschließung des Landes aus, so dass der Industrialisierungsvorgang das klassische Muster der Arbeitsteilung veränderte.

Abschließend stellt sich die Frage nach der Bewertung und den Konsequenzen der ökonomischen Ungleichheit. Diese wurde bereits unter Zeitgenossen heftig diskutiert und hat in der Geschichtsschreibung zu Kontroversen geführt. Je nachdem, ob in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie nationale Eigenständigkeit oder internationale Integration betont werden sollten, wurde der Schaden bzw. der Nutzen in den Vordergrund gestellt, der schwächer entwickelten Regionen aus ihrer abhängigen Integration in den Gesamtstaat erwuchs.⁴² Die kontroversen Positionen können als Rückständigkeitsthese, als Verzögerungsthese und als Peripherisierungsthese identifiziert werden.⁴³ In Bezug auf die Disparitäten innerhalb des Habsburgerreiches betont die Rückständigkeitsthese das starke regionale Entwicklungsgefälle, das sich als Blockade für die Modernisierung der österreichischen Wirtschaft herausgestellt habe.⁴⁴ Die Verzögerungsthese betont demgegenüber den Aufholprozess der peripheren Reichsteile; als Beweis werden die Wachstumsraten des Sozialprodukts ins Treffen geführt, die ab den 1870er Jahren in den östlichen Reichsteilen höher ausfielen als in den westlichen Teilen der Monarchie.⁴⁵ Die – dem vorliegenden Beitrag zu Grunde liegende – Peripherisierungsthese geht schließlich davon aus, dass auch das verstärkte Wachstum und die Industrialisierung in agrarischen Regionen nichts am Werttransfer geändert habe, der trotz der veränderten Arbeitsteilung von den peripheren Regionen in die Zentren verlief.⁴⁶ Die drei Positionen unterscheiden sich auch hinsichtlich ihrer Interpretation der österreichisch-ungarischen Rolle im internationalen System. Laut Verzögerungsthese befand sich die Habsburgermonarchie auf Grund der Angleichung der regionalen Unterschiede um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert auf der Überholspur; die Annäherung an die westlichen Industriestaaten scheiterte lediglich am kriegsbedingten Auseinanderbrechen des Reiches. Rückständigkeitstheoretiker bringen die innere Zerklüftetheit in ursächlichen Zusammenhang mit dem Zurückbleiben der Habsburgermonarchie gegenüber den führenden westlichen Industriestaaten. In der Peripherisierungsperspektive stellen die inneren Disparitäten keinen Sprengsatz, sondern das Bindemittel dar, das wesentlich zur Stabilität des Gesamtstaates beigetragen habe. Die industrialisierten westlichen Reichsteile konnten im internationalen Wachstumsvergleich mithalten, weil der Werttransfer aus den inneren Peripherien dafür die Voraussetzungen schuf. Das von der Verzögerungsthese betonte Aufholen war demnach kein gesamtes, sondern basierte auf ausgeprägten regionalen Unterschieden, die im Konjunktur- und Entwicklungsverlauf unterschiedliche Ausprägungen annahmen. Dem habsburgischen Gesamtstaat gelang dadurch zwar kein direkter Anschluss an die westeuropäische Entwicklung, vielmehr nahm er im internationalen Kontext eine semiperiphere Zwischenposition ein. Beim statistischen Vergleich der Donaumonarchie mit Großbritannien oder Frankreich ist allerdings zu bedenken, dass im einen Fall die inneren Peripherien in die Berechnung mit einbezogen werden, der britische oder französische Durchschnittswert hingegen ohne Einbeziehung der kolonialen Territorien zustande kam.

Zusammenfassend zeigt sich die Industrialisierung der Habsburgermonarchie als regional stark differenzierter Prozess, der einerseits durch ein Gefälle von West nach Ost, andererseits durch ein Gefälle zwischen Zentralräumen und peripheren Regionen innerhalb der einzelnen Landesteile gekennzeichnet ist. Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam es zu einer Verschiebung der wirtschaftlichen Dynamik von den österreichischen Stammländern auf die böhmischen Länder, zur kommerziellen Erschließung von Agrarperipherien sowie zur selektiven Platzierung von Fabriken in ländlichen Gebieten, wodurch die Arbeitsteilung zwischen Zentren und Peripherien ein neues Gepräge erhielt. Zentren und Peripherien veränderten dabei häufig ih-

47 Parnreiter, Christof: Migration und Arbeitsteilung. AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise. Wien: Promedia 1994.

48 Komlosy 2003, pp. 189-193.

49 Diese Auffassung wird durch Pammer bestärkt, dessen wirtschaftsstatistische Analyse der regionalen Ungleichheit zwischen 1830 und 1910 sich auf das Gebiet der späteren Republik Österreich beschränkt. Seinen Berechnungen nach trat die stärkste innerregionale Ungleichheit in Niederösterreich, dem wirtschaftlich meistentwickelten der österreichischen Kronländer auf; cf. Pammer, Michael: Entwicklung und Ungleichheit. Österreich im 19. Jahrhundert. Stuttgart: Franz Steiner 2002 (VSWG-Bh. 161), pp. 204-210.

ren Charakter. Agrarperipherien blieben entweder auf Selbstversorgung und lokale Märkte orientiert (z.B. die österreichischen Alpen- und Mittelgebirgsregionen; Galizien, Bukowina, Krain und Dalmatien), oder sie entwickelten sich zu agrarischen Intensivregionen, die infrastrukturell an die Zentren angebunden und im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts mit Verarbeitungskapazitäten für bestimmte *cash crops* (Zucker, Weizen[-mehl], Obst, Gemüse, Wein usw.) ausgestattet wurden (z.B. West- und Innerungarn, Mähren, Böhmen, niederösterreichisches Marchfeld). Die Lage an der Außengrenze zu Russland (Galizien, Bukowina) und den Nachfolgestaaten des Osmanischen Reiches (Militärgrenze bis 1881, dann Ungarn; Dalmatien, Bosnien-Herzegowina) wies den östlichen und südlichen Randregionen weiterhin die Rolle von militärischen Pufferzonen zu, deren Wert für den Staat weniger im wirtschaftlichen Nutzen als vielmehr in der Wahrung militärstrategischer Aufgaben lag. Rohstoffvorkommen wie z.B. die Kohlevorräte sowie die Erdölfunde in Galizien werteten eine Militärperipherie freilich auch ökonomisch auf. Auch ländliche Industrieregionen nahmen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts höchst unterschiedliche Entwicklungen. Wenn sie sich im Konkurrenzkampf nicht durchsetzen konnten, erlebten sie den Niedergang der örtlichen Industrien, wie z.B. die nieder- und die oberösterreichische Eisenwurzener oder das oberösterreichische Mühlviertel. Andere ländliche Regionen stiegen zu regionalen Zentren auf, deren Wachstum auf das nähere Umland ausstrahlte (z.B. Reichenberg/Liberec; Ostrau/Ostrava; Wiener Neustadt). Eine dritte Möglichkeit bestand in der Übernahme verlängerter Werkbankfunktionen für Unternehmen der Zentralräume; v.a. die Wirtschaftskrise von 1873 begünstigte die Verlagerung ausgebreiteter Produktionsschritte an ländliche Billiglohnstandorte (z.B. Waldviertel, böhmische und mährische Randregionen) bzw. in bisherige Agrarprovinzen (z.B. in Ungarn). So entwickelte sich die abhängige Industrialisierung als neues Charakteristikum einer inneren Peripherie. Da Peripherisierung in allen Fällen mit der Außenorientierung einer Region verbunden war und die Möglichkeiten des Erwerbs in der Heimatregion einschränkte, ging sie auch im Fall der Nutzung als verlängerte Werkbank mit der Migration der Bevölkerung in Regionen mit besseren Erwerbsmöglichkeiten einher. Dabei korrespondierte die Abwanderung nicht mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand einer Region; vielmehr zeichneten sich Arbeitskräfte-Peripherien durch ein hohes Ausmaß an wirtschaftlichen Interaktionen mit den Zentralräumen aus, so dass die wechselseitigen Waren- und Kapitalströme die Wanderung von der Peripherie ins Zentrum begünstigten.⁴⁷ Dies erklärt, warum die Migrationsbewegungen in und zwischen den wirtschaftlichen Kernländern der Habsburgermonarchie, allen voran den österreichischen und den böhmischen Ländern, die höchste Intensität annahmen, während die wesentlich ärmeren nordöstlichen und südlichen Randprovinzen erstens eine überhaupt geringere Wanderbewegung aufwiesen und diese zweitens, als sie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert schließlich doch anstieg, nicht in erster Linie in die Zentralräume der Monarchie gerichtet war, sondern nach Deutschland und in die Vereinigten Staaten von Amerika.⁴⁸ Das Beispiel zeigt auch, dass verschiedene Typen von Zentren, in diesem Fall in Österreich, in Deutschland und in den USA, um den Zufluss von Arbeitskräften aus ländlichen Peripherien konkurrierten und mithin nicht nur die Peripherien, sondern auch die Zentren selbst in einem gegenseitigen Konkurrenzverhältnis standen.

Tatsächlich muss die Existenz kleinräumiger Zentrum-Peripherie-Beziehungen, wie sie für die wirtschaftlich führenden Regionen wie Böhmen, Mähren, Niederösterreich, Oberösterreich und die Steiermark kennzeichnend war, als wesentlicher Faktor für die Stabilität des Gesamtstaates angesehen werden. Daraus lässt sich folgern, dass in den ökonomischen Zentralraum eingebettete Peripherien am stärksten zum wirtschaftlichen Gesamterfolg beitrugen. Sie spielten in ökonomischer Hinsicht eine »staatstragendere« Rolle als abgelegene Agrar- oder Militärperipherien, die hohe Infrastrukturkosten verursachten und auf Grund der Entfernung und schwachen ökonomischen Durchdringung die Versorgung der Zentren mit Ressourcen und Arbeitskräften nicht im gleichen Ausmaß wahrnehmen konnten wie die inneren Peripherien des Zentralraums selbst.⁴⁹

Die wirtschaftliche Einheit des Habsburgerreiches, das sich durch ein hohes Ausmaß an Binnenbeziehungen bei geringem Stellenwert von internationalen Geschäften auszeichnete, beruhte auf der Interessenskonvergenz der österreichischen und böhmischen Industriellen sowie des agrarischen Großgrundbesitzes in Ungarn. Dazu kam seit dem Einsetzen der »patriotischen Industriepolitik« der ungarischen Regierung eine auf wenige Regionen beschränkte ungarische Industriebourgeoisie, die auf Grund von Kapitalschwäche ihrerseits eine Allianz mit dem Bankplatz Wien einging. Die ökonomische Ausrichtung Ungarns auf Österreich als



Exportmarkt für Lebensmittel, als Fertigwarenimporteure und Gläubiger wurde in Kauf genommen, weil sie den Interessen der adeligen wie der bürgerlich-liberalen Eliten entsprach. Die scharfen regionalen Disparitäten, die in allen Reichsgebieten existierten, traten auf ganz unterschiedlichen Wohlstands- und Einkommensniveaus auf und verbanden sich in jeder Region mit unterschiedlichen ethno-politischen und ethno-religiösen Schichtungen und Hierarchien. Sie eigneten sich nicht, um Forderungen nach größerer sozialer Gerechtigkeit zu bündeln und zu transportieren. So gesehen, bewirkte die Arbeitsteilung zwischen den unterschiedlich entwickelten Reichsteilen zwar ein hohes Maß an sozialer und regionaler Polarisierung, das der Integration des Gesamtstaates jedoch durchaus dienlich war. Der Zerfall des Reiches resultierte nicht aus den bestehenden ökonomischen Gegensätzen, sondern aus der Spannung zwischen ökonomischer Stärke und politischer Berechtigung. Am größten war diese in den böhmischen Ländern, wo das erstarkende tschechische Bürgertum nicht länger bereit war, den Kronländerföderalismus als Ersatz für eine Landesautonomie der böhmischen Länder hinzunehmen. Der Krieg, ursprünglich zur Stärkung des Zusammenhalts konzipiert, stärkte schließlich nicht nur in der tschechischen Nationalbewegung die Kräfte, die sich durch die Sezession eine Verbesserung ihrer Konkurrenzposition erwarteten.



Univ. Doz. Dr. Andrea Komlosy, geb. 1957 in Wien, Studium der Geschichte und der Politikwissenschaften an der Universität Wien sowie am Institut für Höhere Studien. Ao. Universitätsprofessorin am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Univ. Wien. Andrea Komlosy arbeitet zu Fragen ungleicher regionaler Entwicklung im kleinräumigen und weltregionalen Maßstab. Die Untersuchungsgebiete reichen vom österreichisch-böhmischen Grenzgebiet über die Habsburgermonarchie und ihre Nachfolgestaaten bis zu Fragen der Ungleichheit in der Weltwirtschaft. Sie verbindet eine regionalhistorische Herangehensweise mit einer globalhistorischen Verknüpfung und Einbettung der Regionen in einen weltweiten Interaktionszusammenhang. Mitarbeit an zahlreichen Museums-, Ausstellungs- und Tourismusprojekten in Niederösterreich sowie im österreichischen-tschechischen Grenzraum.
Kontakt: andrea.komlosy@univie.ac.at